

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 3/81

Berlin

15. Januar 1981

48. Jahrgang

Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik in den westlichen Industrieländern

Von 1970 bis 1980 stieg die Zahl der Arbeitslosen in 15 westlichen Industrieländern um etwa 9 Millionen auf fast 17 Millionen. Die Brisanz des Arbeitslosenproblems wird 1981 noch zunehmen. Auch für die nächsten Jahre ist ein zur Annäherung an die Vollbeschäftigung erforderliches Wirtschaftswachstum kaum zu erwarten. Um die Arbeitslosigkeit und ihre unerwünschten sozialen Auswirkungen wenigstens zu mildern, werden in vielen Ländern die speziellen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen intensiviert. In diesem Bericht wird ein Überblick über die bisher ergriffenen Maßnahmen und neue Ansätze der Arbeitsmarktpolitik gegeben. Es hat sich gezeigt, daß diese Politik international stärker abgestimmt und wirksamer ausgestaltet werden sollte.

Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation . . .

Nach den für 1981 vorgelegten Prognosen über die wirtschaftliche Lage in den westlichen Industrieländern¹ wird die gegenwärtige ungünstige Entwicklung zumeist bis weit in dieses Jahr hineinreichen. Zwar wird in Japan, wo bereits jetzt wieder ein expansiver wirtschaftspolitischer Kurs verfolgt wird, und in den USA, wo finanzpolitische Anregungsmaßnahmen ergriffen werden sollen, für den späteren Verlauf des Jahres eine wirtschaftliche Belebung erwartet; in anderen Ländern, z. B. in Italien und Dänemark, wird sich der wirtschaftliche Rückgang aber noch verschärfen. Auch unter der Annahme, daß es im zweiten Halbjahr in den meisten Industrieländern zu einer leichten konjunkturellen Belebung kommt, zeichnet sich für den Jahresdurchschnitt 1981 insgesamt kein Anstieg des realen Sozialprodukts ab.

Unter diesen Bedingungen wird sich die Arbeitsmarktsituation weiter verschärfen. Die Zahl der Arbeitslosen, die in den hier betrachteten 15 Ländern

zu Beginn der siebziger Jahre noch bei 8 bis 9 Millionen gelegen und sich während der weltweiten Rezession 1974/75 sprunghaft auf über 14 Millionen erhöht hatte, tendiert 1981 gegen 18 Millionen. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre gelang es nur einzelnen Ländern, so den USA und der Bundesrepublik Deutschland, die Arbeitslosigkeit wenigstens wieder unter das Niveau von 1975 zu senken. Die wirtschaftliche Entwicklung seit 1979 hat indes auch diese Erfolge — die z. T. allerdings durch Rückwanderung ausländischer Arbeitnehmer erzielt worden waren — wieder zunichte gemacht. In Japan und in einigen kleineren europäischen Ländern außerhalb der EG dürfte allerdings die Arbeitslosenquote relativ gering bleiben. Weiter verschlechtern wird sich die Arbeitsmarktsituation vor allem in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft.

¹ Vgl. z. B. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1981. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur im DIW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1-2/1981.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern

Länder	1970	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
Zahl der Arbeitslosen - Jahresdurchschnitte, in 1000 -								
Bundesrepublik Deutschland	149	1 074	1 060	1 030	993	876	890	1 215
Frankreich	510	902	933	1 073	1 167	1 350	1 490	1 580
Großbritannien	555	866	1 332	1 450	1 446	1 344	1 800	1 950
Italien	1 111	1 230	1 426	1 545,1)	1 571	1 698	1 750	1 830
Niederlande	56	195	211	207,1)	206	210	240	280
Belgien	69	177	229	264	282	294	330	400
Dänemark	17	121	126,1)	164	190	159	170	185
Irland	65	90	108	106	99	90	100	115
EG	2 532	4 655	5 425	5 839	5 954	6 021	6 770	7 555
Schweden	59	67	66	75	94	88	85	100
Schweiz	0	10	21	12	11	10	8	10
Österreich	42	52	55	51	59	57	60	65
Norwegen	12	40	32	27	34	38	30	35
USA	4 088	7 830	7 288	6 856	6 047	5 963	7 550	7 850
Kanada	476	690	727	850	911	838	757	1 040
Japan	590	1 000	1 080	1 100	1 240	1 170	1 160	1 150
Insgesamt	7 799	14 344	14 694	14 810	14 350	14 185	16 613	17 805
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr - in vH -								
Bundesrepublik Deutschland	-16,8	84,5	- 1,3	- 2,9	- 3,6	-11,8	1,6	36,5
Frankreich	6,9	46,7	3,4	15,0	8,8	15,7	10,4	6,0
Großbritannien	7,6	59,8	53,1	8,9	- 0,3	- 7,1	33,9	8,3
Italien	- 4,2	10,5	15,9	8,3,1)	1,7	8,1	3,1	4,6
Niederlande	-15,2	36,4	8,2	- 1,9,1)	- 0,5	1,9	14,3	16,7
Belgien	-21,6	68,6	36,3,1)	15,3	6,8	4,3	12,2	21,2
Dänemark	-34,6	37,5	4,1,1)	30,2	15,9	-16,3	6,9	8,8
Irland	16,1	40,6	20,0	- 1,9	- 6,6	- 9,1	11,1	15,0
EG	- 1,4	43,1	16,5	7,6	2,0	1,1	12,4	11,6
Schweden	-19,2	-16,3	- 1,5	13,6	25,3	- 6,4	- 3,4	17,6
Schweiz	0	0	110,0	-42,9	- 8,3	- 9,1	-20,0	25,0
Österreich	-31,1	26,8	5,8	- 7,3	15,7	- 3,4	5,3	8,3
Norwegen	-25,0	60,0	-20,0	-15,6	25,9	11,8	-21,1	16,7
USA	44,4	54,3	- 6,9	- 5,9	-11,8	- 1,4	26,6	4,0
Kanada	31,5	34,2	5,4	16,9	7,2	- 8,0	13,4	9,5
Japan	3,5	37,0	8,0	1,9	12,7	- 5,6	- 0,9	- 0,9
Insgesamt	20,3	47,6	2,4	0,8	- 3,1	- 1,1	17,1	7,2
Arbeitslosenquoten ²⁾								
Bundesrepublik Deutschland	0,6	4,1	4,1	4,0	3,8	3,3	3,3	4,5
Frankreich	2,4	4,1	4,4	4,9	5,2	5,9	6,4	6,7
Großbritannien	2,2	3,4	5,1	5,5	5,5	5,1	6,8	7,3
Italien	5,4	5,8	6,6	7,0	7,1	7,5	7,7	8,0
Niederlande	1,2	4,0	4,3	4,2	4,2	4,3	4,8	5,6
Belgien	1,8	4,4	5,7	6,5	6,9	7,2	8,0	9,6
Dänemark	0,7	4,9	5,0	6,4	7,2	6,0	6,3	6,9
Irland	5,8	7,9	9,5	9,4	8,6	7,8	8,5	9,6
EG	2,4	4,3	5,0	5,3	5,4	5,4	6,0	6,7
Schweden	1,5	1,6	1,6	1,8	2,2	2,1	2,0	2,3
Schweiz	0	0,3	0,7	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3
Österreich	1,4	1,7	1,8	1,6	1,9	1,8	1,9	2,1
Norwegen	0,8	2,3	1,8	1,5	1,8	2,0	1,6	1,8
USA	4,8	8,3	7,5	6,9	5,9	5,7	7,1	7,4
Kanada	5,6	6,9	7,1	8,0	8,3	7,4	8,4	9,1
Japan	1,1	1,9	2,0	2,0	2,2	2,1	2,1	2,0
Insgesamt	3,0	5,2	5,2	5,2	4,9	4,8	5,6	5,9
1) Wegen Umstellung der statistischen Basis nicht voll mit dem Vorjahr vergleichbar.- 2) Arbeitslose, bezogen auf die Zahl der Erwerbspersonen.								
Quellen: OECD, Labour Force Statistics 1967-1978; OECD, Main economic indicators; Nationalstatistiken sowie Schätzungen des DIW.								

Entwicklung der Produktivität¹⁾ in den westlichen Industrieländern
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

Länder	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
Bundesrepublik Deutschland	1,6	6,2	3,2	2,5	3,4	1,2	0
Frankreich	0,1	4,1	1,4	2,5	2,4	0,9	-1
Großbritannien	-1,5	3,0	0,3	3,5	0,7	-3,6	-2
Italien	-4,6	4,1	-0,8	2,1	3,3	2,0	-2
Niederlande	-1,7	5,1	2,3	2,2	1,5	0,4	-1,5
Belgien	-2,3	4,8	0,1	2,4	1,4	0,8	-1
Dänemark	-0,7	5,1	0	-1,3	2,7	-1,0	-1,5
Irland	0,5	2,6	5,2	6,0	2,8	-1,0	-2
EG ²⁾	0,5	4,7	1,5	2,5	2,5	0,3	-1
Schweden	-1,3	0,7	-3,0	1,6	2,4	1,3	-1,5
Schweiz	-2,4	1,5	2,9	-0,4	-0,2	1,3	-1
Österreich	0,1	5,6	3,2	-0,3	3,9	2,7	-0,5
Norwegen	1,7	2,5	2,0	1,3	2,1	3,3	1
USA	-2,7	3,3	2,3	1,4	-0,1	-1,7	-1
Kanada	-2,2	3,3	-0,6	-0,4	-0,1	-1,2	-0,5
Japan	1,2	5,4	3,9	4,4	4,7	3,3	0,5
Insgesamt ²⁾	-1,1	4,1	2,1	2,2	1,8	0,1	-0,5

1) Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.- 2) Gewichtet mit dem Bruttosozialprodukt 1978 auf Dollarbasis.

Quellen: OECD, National accounts 1950-1978; OECD, Labour force statistics 1967-1978; Nationalstatistiken sowie Schätzungen des DIW.

... durch mehrere Faktoren bedingt

Bei dieser gravierenden Entwicklung der Arbeitslosigkeit stellt sich immer dringender die Frage nach den Ursachen und den Möglichkeiten einer Therapie. Trotz der Vielzahl der hier betrachteten Länder läßt sich eine Reihe von ähnlichen, in gleicher Richtung negativ auf den Arbeitsmarkt wirkenden Faktoren unterscheiden. Sie sind demographischer, konjunktureller und struktureller Natur.

In demographischer Hinsicht werden Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt vor allem durch die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung beeinflusst. Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter ist in Westeuropa und den USA im letzten Jahrzehnt, vor allem seit Mitte der siebziger Jahre, deutlich gestiegen, während die Gesamtbevölkerung nur noch wenig zunahm oder sogar rückläufig war.

Anstieg der Erwerbsbevölkerung in den großen westlichen Industrieländern von 1975 bis 1979
(1975 = 100)

Bundesrepublik Deutschland	100,1
Frankreich	103,7
Großbritannien	102,2
Italien	105,5
USA	110,8
Kanada	112,3
Japan	105,1

Quelle: OECD, Labour force statistics, May 1980.

Die Erwerbsbevölkerung wird in den meisten dieser Länder auch bis 1985 mit einer Rate von 0,7 bis 1 vH pro Jahr zunehmen. In der Europäischen

Gemeinschaft werden 1981 und 1982 jeweils rund viereinhalb Millionen Jugendliche das erwerbsfähige Alter erreichen. Das höchste Wachstum der Erwerbsbevölkerung wird hier allerdings erst für die Jahre 1982 bis 1984 erwartet²⁾. Die Zunahme der Erwerbsbevölkerung wird somit in den nächsten Jahren zusätzliche Belastungen für den Arbeitsmarkt bringen.

Die Entwicklung von Konjunktur und Produktivität ist indes wenig geeignet, das Problem der Arbeitslosigkeit zu entschärfen. Mit dem Konjunkturabschwung von 1980 hat sich auch der Produktivitätsanstieg in Westeuropa, Japan und den USA deutlich abgeschwächt. Hierin kommt zum Ausdruck, daß die Unternehmen Arbeitskräfte gehortet haben. Gleichwohl stieg die Arbeitslosigkeit. Diese Tendenz wird 1981 zunächst anhalten. Auch der für Ende 1981 erhoffte Beginn einer wirtschaftlichen Belebung dürfte in den meisten Ländern nicht verhindern, daß die Arbeitslosigkeit noch weiter steigt. Denn im Aufschwung verbessert sich die Kapazitätsauslastung und begrenzt der wieder höhere Produktivitätsanstieg die Beschäftigungserfolge. Vermutlich werden zu wenig zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, als daß die steigende Zahl der neu ins Erwerbsleben tretenden Jugendlichen und ein fühlbarer Teil der Arbeitslosen beschäftigt werden könnten.

Im — konjunkturbereinigten — Produktivitätsanstieg schlagen sich im wesentlichen die strukturellen

²⁾ Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Jahreswirtschaftsübersicht 1980-1981, Kapitel 8.

Struktur der registrierten Arbeitslosigkeit nach Geschlecht und Alter in der EG und den USA 1978
in vH

	Geschlechtsspezifische Arbeitslosenquoten		Geschlechtsspezifische Anteile der jugendlichen Arbeitslosen an der Gesamtarbeitslosigkeit			
	Männer	Frauen	Jugendliche		nachrichtlich: Erhebungsmonat und Abgrenzung der jugendlichen Arbeitslosen nach Alter	
			männlich	weiblich		
Bundesrepublik Deutschland	3,1	5,1	7,4	9,4	20	Mai
Frankreich	4,1	7,1	2,8	4,4	18	Mai
Vereinigtes Königreich	6,5	4,3	13,4	31,8	20	Januar
Italien	6,2	9,1
Niederlande	3,8	4,6	6,0	17,8	19	Mai
Belgien	5,3	13,7	10,1	10,4	20	Mai
Luxemburg	0,6 ¹⁾	1,1 ¹⁾
Dänemark	6,4	6,8	20,5	33,3	18-24	Januar
Irland	9,9 ¹⁾	6,4 ¹⁾
USA	5,2	7,2	18,7	20,5	16-19	Jahresdurchschnitt

1) Von Eurostat geschätzte Angabe.

Quellen: SAEG, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1972-1978, Luxemburg 1979; Economic Report of the President, Januar 1980.

Determinanten der Arbeitskräftenachfrage nieder. Nimmt man für den zukünftigen Aufschwung in Westeuropa und den USA einen durchschnittlichen Produktivitätsanstieg von etwa 3 vH an, was angesichts der bisherigen Erfahrungen nicht übertrieben zu sein scheint, so müßte – bei einem Wachstum der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von etwa 1 vH und bei nur wenig verringerter Arbeitszeit – das Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahren über 4 vH betragen, wenn die Arbeitslosigkeit allmählich reduziert werden soll. Ein solches Wachstum ist aber, von möglichen Ausnahmen wie Japan abgesehen, nur schwer zu verwirklichen. Zunehmende tatsächliche oder vermeintliche Zwänge bei der Gestaltung der öffentlichen Haushalte und anhaltende Defizite in den Leistungsbilanzen aufgrund des stark verteuerten Erdöls sind Hindernisse für eine expansive Wirtschaftspolitik. Bereits in den konjunkturellen Aufschwungphasen zu Beginn und nach Mitte der siebziger Jahre hatte sich zudem der Inflationssockel von Mal zu Mal erhöht. Mit Ausnahme der Schweiz gelang es keinem Land, zu annähernder Preisstabilität zurückzukehren. Gegenwärtige Beruhigungstendenzen in einigen Ländern, insbesondere in Großbritannien, werden durch eine extreme Rezession erkaufte.

Mit der kräftigen Zunahme der Zahl der erstmalig Arbeitsuchenden geht eine hohe Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen einher, die in mehreren Ländern ein Viertel bis die Hälfte aller Arbeitslosen stellen. Das Problem der hohen weiblichen Arbeitslosigkeit fällt hiermit teilweise zusammen. Hinsichtlich der Jugendarbeitslosigkeit besteht längerfristig zudem die Gefahr einer Ausbildungslücke. Minder-

ausgebildete Arbeitskräfte riskieren, häufiger und länger arbeitslos zu werden. Ebenso gilt, daß die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden, mit der Häufigkeit und Dauer der bisherigen individuellen wie auch mit der Höhe der Arbeitslosigkeit insgesamt zunimmt. Bestimmte Strukturen und Problemgruppen unter den Arbeitslosen bilden sich heraus. Während einige Gruppen im Beschäftigungssystem eine relativ höhere Arbeitsplatzsicherheit genießen (z. B. Facharbeiter, Männer mittleren Alters), werden andere Gruppen (insbesondere Jugendliche ohne Berufsausbildung, Behinderte, Frauen, ältere Arbeitnehmer) von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen. Letzteres gilt auch für bestimmte Berufsgruppen, u. a. Berufe der Metallerzeugung, Handels- und Büroberufe, Bauberufe sowie die Gruppe der Hilfsarbeiter. In vielen Bereichen und Unternehmen wirken sich zudem die Existenz in sich geschlossener Arbeitsmärkte³ und geographische Mobilitätshemmnisse aus. Damit wächst der harte Kern der Arbeitslosigkeit, der auch bei einem kräftigeren Wirtschaftsaufschwung kaum noch in den Arbeitsprozeß zu integrieren ist.

Gleichzeitig nimmt in allen Ländern die „Stille Reserve“ am Arbeitsmarkt zu, d. h. der Anteil derjenigen Personen, die zwar gerne eine Arbeit auf-

³ Eine zunehmende Zahl von Untersuchungen kommt zum Schluß, daß die Herausbildung interner bzw. segmentierter Arbeitsmärkte einen sich verhärtenden Kern an Arbeitslosigkeit oder zumindest ein Reservoir an zeitweise Arbeitslosen schafft. Für einen internationalen Vergleich siehe z. B. International Working Party on Labour Market Segmentation (Hrsg.): Low Pay and Labour Market Segmentation in Advanced Industrial Countries, University of Cambridge, 1980.

**Anteile der Arbeitslosigkeit in ausgewählten wichtigen¹⁾
Beschäftigungsgruppen an der Arbeitslosigkeit
in der EG und den USA 1973, 1975 und 1978**
in vH

Länder	Beschäftigungsgruppen	1973	1975	1978
Bundesrepublik Deutschland	Metallerzeugung u.ä. Bauberufe	11,2 9,1	18,8 12,0	14,4 6,7
	Waren- u. Dienstleistungs- kaufleute	8,4	8,5	10,3
	Organisations- u. Verwal- tungsberufe	13,3	12,5	14,8
	Frankreich	Hand- u. Lagerarbeiter Metallumwandlung und -veredlung	16,5 6,1	13,6 9,1
Frankreich	Büroberufe	22,4	22,1	22,7
	Handel u.ä.	9,8	9,1	10,2
	Vereinigtes Königreich	Büroberufe	13,0	13,3
Vereinigtes Königreich	Verarbeitung u. Repara- turen	7,1	8,3	6,6
	Transport, Lagerarbeiten u.ä.	5,8	7,6	6,6
	Hilfsarbeiter u. Ver- schiedenes	42,0	40,0	32,1
	Italien	Land- u. Forstwirtschaft Bauberufe	22,1 14,3	19,5 13,1
Italien	Führungskräfte u. Büro- berufe	11,7	13,3	.
	Hilfsarbeiter	17,3	19,2	.
	Niederlande	Bauberufe	18,5	19,7
Niederlande	Metallarbeiter	10,6	11,1	8,4
	Angestellte u. Lehrberufe	14,2	13,4	18,6
	Teilarbeitsfähige	16,6	14,7	19,9
	Belgien	Angestellte	27,9	30,8
Belgien	Schneider u. Kürschner- berufe	5,4	7,2	9,7
	Mechaniker, Werkzeug- macher, Elektriker	8,5	10,7	10,9
	Hilfsarbeiter	21,0	14,7	9,8
	Dänemark	Männliche Hilfsarbeiter	48,9	34,2
Dänemark	Weibliche Hilfsarbeiter	5,1	7,3	8,8
	Handel u. Büroberufe	12,4	8,0	12,5
	Metallarbeiter	5,1	7,0	5,6
	Irland	Landwirtschaft u. Fischerei	29,1	21,9
Irland	Textilindustrie	4,0	6,2	4,7
	Bauhilfsarbeiter	5,6	7,4	7,3
	Arbeiter ohne Fachausbil- dung	14,7	14,4	14,4
USA ²⁾	Bauberufe	8,8	18,1	16,2
	Verarbeitende Industrie	21,5	29,5	21,1
	Groß- u. Einzelhandel	20,5	18,8	20,9
	Dienstleistungsbereich	14,7	13,1	15,0

1) Unter dem Gesichtspunkt eines hohen Anteils an der Gesamtarbeitslosigkeit. Die Abgrenzung der Beschäftigungsgruppen ist in den Ländern unterschiedlich.- 2) Für 1978 geschätzt.

Quellen: SAEG, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1972-1978, Luxemburg 1979; Statistical Abstract of the United States 1979.

nehmen würden, unter den gegebenen Umständen aber die eigene Arbeitskraft gar nicht erst anbieten. Vielfach wird auch deshalb verzichtet, weil Arbeitszeitwünsche und -möglichkeiten nicht in Übereinstimmung zu bringen sind. In den meisten westlichen Industrieländern gibt es heute noch relativ starre Arbeitszeitsysteme und -vorstellungen. Lediglich in einigen Ländern, vor allem in den USA und den Niederlanden, hat man in den letzten Jahren

mit neuen Formen der Arbeitsorganisation (freie Wahl von Arbeitszeiten, job-sharing etc.) experimentiert⁴. Der zunehmende Anteil arbeitsloser Frauen an der gesamten Arbeitslosigkeit, bedingt vor allem durch einen Mangel an Teilzeitarbeitsplätzen, ist nur ein Zeichen dafür, daß verstärkt Überlegungen anzustellen sind, die Arbeitszeit flexibler zu gestalten⁵.

Bei unzureichendem Wirtschaftswachstum . . .

Die Frage, wie groß die jeweiligen Anteile an struktureller und konjunktureller, d. h. auf einem Wachstumsdefizit beruhender Arbeitslosigkeit in den Industrieländern sind, ist von großer Bedeutung für die Entwicklung und Anwendung möglicher Therapien. Bis heute ist diese Frage keineswegs eindeutig beantwortet. Sicher ist nur, daß sich ein Teil der Arbeitsmarktprobleme bei angemessenem Wirtschaftswachstum von selbst lösen würde.

Der Spielraum, der in verschiedenen westlichen Industrieländern für eine expansive Wirtschaftspolitik besteht, muß daher genutzt werden. Dies gilt insbesondere für die Geldpolitik, die derzeit entweder vorrangig zur Bekämpfung der Inflation (USA, Großbritannien) oder zum Ausgleich der Zahlungsbilanz (Bundesrepublik Deutschland, Dänemark und andere) die Zinsen auf einem extrem hohen Niveau hält. Eine international koordinierte Zinssenkungsrunde wäre eine gute Voraussetzung für eine Erholung der Weltkonjunktur. Gleichzeitig ist eine stetige Entwicklung im Bereich der öffentlichen Finanzen sicherzustellen.

Allerdings verbreitet sich in allen westlichen Industrieländern mehr und mehr die Auffassung, daß eine globale Wachstumspolitik allein – zumindest bei den Wachstumsraten, die heute „machbar“ erscheinen – einen Anstieg der Arbeitslosigkeit kaum verhindern kann. Immer mehr Länder versuchen daher, die Arbeitslosigkeit mit speziellen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zu bekämpfen. Wurde die Arbeitsmarktpolitik in den meisten Ländern – eine wichtige Ausnahme bildet Schweden – lange Zeit als Sozialpolitik verstanden, so ist vor allem seit Mitte der siebziger Jahre ein immer umfangreicheres Instrumentarium für eine gestaltende und vorbeugende Arbeitsmarktpolitik entwickelt worden. Soweit diese Politik dazu beiträgt, z. B. durch Qualifizierungsmaßnahmen Wachstumsengpässe zu beseitigen und immaterielle an die Stelle materieller Anreize zu setzen, kann sie wiederum bewirken, daß sich der Konflikt zwischen mehr Wachstum und Inflation entschärft.

⁴ Vgl. z. B. R. W. Bednarzik: Worksharing in the U.S.: its prevalence and duration. In: Monthly Labor Review, July 1980.

⁵ Vgl. Probleme der Teilzeitarbeit. Bearb.: Wolfgang Jeschek. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 51-52/80.

Charakteristische arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft seit 1975

Maßnahme	Land	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Großbritannien	Italien
<p>1. <u>Erhöhung des Angebots an Arbeitsplätzen</u></p> <p>1.1 Subventionierung des "Produktionsfaktors" Arbeit</p> <p>1.2 Erhöhung des Arbeitsplatzangebots im öffentlichen und privaten Dienstleistungsbereich (ohne Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen i.e.S.)</p> <p>1.3 Allgemeine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen</p>		<p>Lohnkostenzuschüsse 60 vH des tariflichen Arbeitsentgelts für 6 Monate bis zum 31.7.75.</p> <p>Sonderprogramm für Problemregionen (500 Mill. DM); Lohnkostenzuschüsse 80 bis 120 vH (Einarbeitungsphase) für innerbetriebliche Qualifizierung, Wiedereingliederung längerfristig Arbeitsloser (1979).</p>	<p>Fiskalisierung von Teilen der Arbeitgebersozialversicherungsbeiträge bei Einstellung von Arbeitslosen bestimmter Problemgruppen (1977).</p>	<p>1976 bis 1978 laufende Verbesserung und Erhöhung der Beschäftigungsprämien (1976 wöchentlich 20 £/Person) bzw. der Gewährungsdauer (1976: 18 Monate).</p> <p>Lohnzuschüsse bei Neueinstellungen in Entwicklungsgebieten (1976).</p> <p>Lohnzuschüsse bei vorübergehender Beschäftigung Arbeitsloser (für arbeitslose Jugendliche 1976 pro Woche 10 £).</p>	<p>Fiskalisierung eines Teils der Soziallasten in Industrie und Handwerk in Höhe von insgesamt 1420 Mrd. Lire (1977).</p> <p>1978 Gesetz für endgültige Regelung der Fiskalisierung der Sozialbeiträge (Übernahme von Beiträgen bei männlichen Arbeitnehmern in Höhe von 5 vH, bei weiblichen von 12,5 vH der Bezüge).</p>
		<p>Pfarrer und Lehrer verzichten regional freiwillig auf 1,5 vH ihrer Bezüge zur Schaffung von Arbeitsplätzen (1978).</p>	<p>Schaffung von 20 000 zusätzlichen Stellen im Postwesen und in sozialen Tätigkeitsbereichen (1977).</p>		<p>1977 Gesetz zur endgültigen oder vorübergehenden Beschäftigung von 600 000 Jugendlichen in Unternehmen oder öffentlichen Verwaltungen; für 1977/80 werden 1060 Mrd. Lire angesetzt.</p>
		<p>Bereitstellung von 700 Mill. DM durch die Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 1977 (82 000 Arbeitsplätze).</p>	<p>Im Rahmen des "Dritten Beschäftigungspaktes" ist für 1981 die Schaffung von 534 000 Stellen vorgesehen.</p>	<p>Seit 1975 "Job-Creation"-Programme.</p> <p>1980 Maßnahmen zur Beschäftigung von 250 000 Jugendlichen.</p>	
<p>2. <u>Umverteilung der vorhandenen Arbeit</u></p> <p>2.1 Umverteilung vorhandener Arbeitsplätze</p> <p>2.2 Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit</p>		<p>Jugendarbeitsschutzgesetz: Mindestalter zur Aufnahme einer Beschäftigung wird von 14 auf 15 Jahre heraufgesetzt (1976).</p> <p>Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer.</p>	<p>1977 Rückwanderungsprämien an arbeitslose ausländische Arbeitnehmer (10 000 F/Person).</p> <p>Ausdehnung der Möglichkeiten des vorzeitigen Rentenbezugs; bei vorzeitiger Verrentung Steuererleichterungen für die Betriebe (1977).</p>	<p>Anreize für vorgezogene Verrentung durch Gewährung von 23 £/Woche steuerfrei für 1 Jahr, wenn das Unternehmen als Ersatz einen registrierten Arbeitslosen einstellt (1976).</p>	
		<p>Halbierung der Arbeitszeit ab 60 Jahren bei vollen Bezügen (Zigarettenindustrie 1978).</p> <p>Vermeidung von Entlassungen durch Gewährung von Kurzarbeitergeld für 24 statt 12 Monate (1974).</p>			
<p>3. <u>Anpassungsstrategien</u></p> <p>3.1 Qualitative Anpassung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt</p> <p>3.2 Erhöhung der beruflichen und regionalen Mobilität</p> <p>3.3 Verbesserung der Effizienz der Arbeitsvermittlung</p>		<p>Vor allem durch das Arbeitsförderungsgesetz (1969) zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Qualifikation (Umschulung, Fortbildung, Rehabilitation). 1975 gab es schon 271 000 teilnehmende Personen, davon etwa ein Drittel Arbeitslose.</p>	<p>Prämien auch an nicht arbeitslose Arbeitnehmer, die sich für einen Mangelberuf umschulen lassen (1976).</p>	<p>Zuschüsse bei Schaffung spezieller Arbeitsplätze für Behinderte 1976.</p> <p>Reaktive und präventive Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen. "Incentive Allowances" können Arbeitslosengeld übersteigen (seit 1974).</p>	
		<p>Zahlreiche Maßnahmen: Mobilitätsszulagen, Umzugsbeihilfen, Zuschüsse bei längerem Arbeitsweg, Erstattung der Kosten der Führung eines zweiten Haushalts unter bestimmten Bedingungen (1974).</p>	<p>Variable Umzugs- und Einrichtungsbeihilfen je nach Personenstand, Umzugsentfernung und Ort. Auch bei Umzug von nicht arbeitslosen Facharbeitern, wenn dadurch die Ansiedlung neuer Unternehmen in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit ermöglicht wird (1976).</p>	<p>Es bestehen verschiedene Programme: Umzugsbeihilfen, wenn Arbeitslose in der Heimatregion keinen Arbeitsplatz finden, aber auch, wenn Firmen in Problemregionen investieren und einen Kern von Facharbeitern nachholen (1977).</p>	
		<p>1977/78 Erhöhung des Personalbestandes in den Arbeitsämtern für Vermittlungs- und Beratungsfunktionen. Intensivierung der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.</p>		<p>Einrichtung spezieller Beratungsdienste für Jugendliche, Akademiker u.a. seit 1974.</p>	<p>Einsatz moderner technischer Hilfsmittel (EDV) in der Vermittlung (1977).</p>
4. <u>Erhaltungsmaßnahmen</u>		Für alle Länder vergleiche Schluß der Übersicht.			

noch: Charakteristische arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft seit 1975

Land Maßnahme	Niederlande	Belgien	Dänemark	Irland
<p>1. <u>Erhöhung des Angebots an Arbeitsplätzen</u></p> <p>1.1 Subventionierung des "Produktionsfaktors" Arbeit</p> <p>1.2 Erhöhung des Arbeitsplatzangebots im öffentlichen und privaten Dienstleistungsbereich (ohne Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen i.e.S.)</p> <p>1.3 Allgemeine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen</p>	<p>1976 Lohnzuschüsse im Falle der Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns.</p> <p>Pauschale Lohnzulagen von 60 Fl (1976).</p> <p>Fiskalisierung eines Teils der Arbeitgeberbeiträge zur Altersversicherung (1977).</p> <p>1978 Lohnzuschüsse (30 vH) bei Einstellung jugendlicher Arbeitsloser. Bei Einstellung langfristig Arbeitsloser teilweise Übernahme der Lohnkosten (1. Halbjahr 100 vH, 2. Halbjahr 50 vH).</p> <p>Verschiedene Arbeitsbeschaffungsprogramme 1977 (Bau von Fahrradwegen, Parkplätzen, Abwässeranlagen).</p>	<p>Fiskalisierung von Teilen der Arbeitgebersozialversicherungsbeiträge. 1977 Aussetzung der Beiträge bei Neueinstellungen für 6 Monate.</p> <p>Beschäftigungskredite für den Textilsektor, pro eingestellten Arbeitnehmer 20 000 Fb (1977).</p> <p>Schaffung eines Fonds zur Finanzierung vorgezogener Renten aus 50 vH der Lohnsteigerungen und entsprechenden Arbeitgeberbeiträgen sowie aus Gewinnabschöpfungen (1976).</p> <p>1979 "De-Wulf-Plan": Hohe Prämien für 2 Jahre an alle Arbeitgeber, die 1980 die 38-Stunden-Woche einführen.</p>	<p>Lohnzuschuß bei Wiederbeschäftigung ausgesteuerter Arbeitsloser für 9 Monate, degressiv gestaffelt; 1978 für ca. 12 000 Personen (20 dKr-10 dKr/pro Arbeitsstunde).</p> <p>Programme zur längerfristigen Beschäftigung Arbeitsloser durch den Staat 1976 bis 1978.</p> <p>Öffentliche Programme zur Beschäftigung Arbeitsloser 1976, z.T. auch Durchführung in der privaten Wirtschaft.</p>	<p>Prämien für zusätzlich eingestellte registrierte Arbeitslose; bis Ende 1976 wöchentlich 15 £/Person.</p> <p>1977 Beschäftigungsprämien steuerfrei 20 £/Person für Arbeitnehmer, die zuvor 4 Wochen arbeitslos waren; Zahlung 24 Wochen.</p> <p>1980 für Arbeitgeber in sensiblen arbeitsintensiven Industrien Zuschüsse von 6 £/Woche je Arbeitnehmer.</p> <p>1977 Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen bei den lokalen Gebietskörperschaften sowie 1200 Lehrerstellen.</p> <p>1978 Subventionierung der Schaffung von 2500 Arbeitsplätzen im privaten Dienstleistungsbereich.</p>
<p>2. <u>Umverteilung der vorhandenen Arbeit</u></p> <p>2.1 Umverteilung vorhandener Arbeitsplätze</p> <p>2.2 Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit</p>	<p>Förderung der Teilzeitbeschäftigung durch Zuschüsse von 39 vH der Lohnkosten für 6-12 Monate (1977).</p> <p>Vorzeitiger Rentenbezug (1980 etwa 21 000 Personen).</p> <p>Aufsplitten von Arbeitsplätzen durch sog. "job-sharing" bei bisherigen Vollzeitbeschäftigten (1978).</p>	<p>Schaffung eines Fonds zur Finanzierung vorgezogener Renten aus 50 vH der Lohnsteigerungen und entsprechenden Arbeitgeberbeiträgen sowie aus Gewinnabschöpfungen (1976).</p> <p>1979 "De-Wulf-Plan": Hohe Prämien für 2 Jahre an alle Arbeitgeber, die 1980 die 38-Stunden-Woche einführen.</p>	<p>Möglichkeit des Sonderurlaubs für Eisenbahngestellte bei einer Vergütung in Höhe der Arbeitslosenunterstützung (1977).</p> <p>Einschränkung der möglichen Oberstundenzahl (1976).</p>	
<p>3. <u>Anpassungsstrategien</u></p> <p>3.1 Qualitative Anpassung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt</p> <p>3.2 Erhöhung der beruflichen und regionalen Mobilität</p> <p>3.3 Verbesserung der Effizienz der Arbeitsvermittlung</p>	<p>Förderung der beruflichen Rehabilitation Behinderter. Einrichtung spezieller Arbeitsstätten für ältere, auf dem Arbeitsmarkt kaum zu vermittelnde Arbeitslose (seit 1975 verstärkt).</p> <p>Bei Wohnortwechsel bzw. Arbeitsaufnahme an einem entfernten Ort Ersatz der Kosten für Umzug und Arbeitsweg (1976).</p> <p>Stellenvermittlung durch den Rundfunk seit 1975.</p>	<p>Einführung von Pflichtpraktika für arbeitslose Jugendliche 1976.</p> <p>Prämien an Unternehmen mit weniger als 100 Arbeitnehmern bei Einstellung von Praktikanten 1977.</p>	<p>Lokale Behörden stellen Mittel für Umschulungs- und Beschäftigungsmaßnahmen für 1977/80 zur Verfügung; Förderung von Schulabgängern und jugendlichen Arbeitslosen.</p>	
<p>4. <u>Erhaltungsmaßnahmen</u></p>	<p>In den meisten Staaten überwiegend traditionelle Maßnahmen für bestimmte Bereiche (Steuervergünstigungen und Subventionen für Landwirtschaft, Bergbau, Schiffbau etc.), häufig im großindustriellen Bereich. In verschiedenen Fällen Versuch der Rettung von Arbeitsplätzen durch Nationalisierung oder zeitweiser Übernahme illiquider Betriebe (z.B. "Lip" in Frankreich) durch öffentliche Stellen. Förderung von Klein- und Mittelbetrieben, insbesondere durch Einführung neuer Technologien und spezielle ökonomische Anreize nur in wenigen Fällen (z.B. Mittelstands- und Innovationsförderung in der Bundesrepublik Deutschland).</p>			
<p><u>Quellen:</u> Kommission der Europäischen Gemeinschaften (KEG), Die Wirtschaftslage der Gemeinschaft, Quartalsberichte seit 1975; KEG, Europäische Wirtschaft, Beihefte Serie A: Konjunkturtendenzen, monatlich ab 1979; nationale Publikationen.</p>				

. . . Intensivierung der Arbeitsmarktpolitik

Mit der vorhergehenden Übersicht sollen Beispiele für solche Maßnahmen gegeben werden, die überwiegend von den Arbeitsverwaltungen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft konzipiert und unter ihrer Aufsicht durchgeführt wurden. Diese Maßnahmen können grundsätzlich vier Strategien folgen. Sie können

- vorrangig auf die Erhöhung des Angebots an Arbeitsplätzen ausgerichtet sein;
- darauf zielen, die vorhandene Arbeit auf mehr Arbeitskräfte zu verteilen bzw. die durchschnittlich nachgefragte Arbeitszeit je erwerbsfähige Person zu verringern;
- versuchen, Angebots- und Nachfrageprofile von Arbeitsplätzen und Arbeitssuchenden besser aufeinander abzustimmen;
- schließlich als Erhaltungsmaßnahmen konzipiert sein, d. h. zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit im Zuge von Umstrukturierungsprozessen in bestimmten Wirtschaftsbereichen eingesetzt werden.

Maßnahmen mit einem breiten Wirkungsspektrum lassen sich häufig nicht nur einer bestimmten Strategie zuordnen. So können Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung verbunden sein (z. B. Einrichtung von Praktikantenstellen für jugendliche Arbeitslose). Die Übersicht folgt insoweit nur dem Schwerpunkt der Maßnahmen.

Anreize, das Angebot an Arbeitsplätzen zu erhöhen, können einmal dadurch gegeben werden, daß die Kosten des Produktionsfaktors Arbeit relativ verringert werden. Lohnkostenzuschüsse für eine bestimmte Zeit oder einmalige Prämien bei der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze sind hierfür Beispiele. Vor allem in Großbritannien sind Beschäftigungsprämien inzwischen schon fast zu einer Dauereinrichtung zur Erhaltung von Arbeitsplätzen geworden, wenngleich die jetzige Regierung diese Praxis einschränken möchte. Neben den direkten Lohnzuschüssen spielen in vielen Ländern, insbesondere in Frankreich, Italien und den Niederlanden, Entlastungen der Arbeitgeber von Sozialabgaben durch den Staat eine Rolle. In mehreren Ländern werden aber auch direkte Maßnahmen zur Erhöhung des Arbeitsplatzangebotes ergriffen. Die Zahl der Arbeitsplätze kann entweder vor allem im öffentlichen (Italien) oder privaten Dienstleistungsbereich (Irland) oder mittels spezieller Arbeitsbeschaffungsprogramme (Bundesrepublik Deutschland) vergrößert werden. Zumeist wird auch angestrebt, einen Beitrag zur Verbesserung der allgemeinen Lebensqualität (Umweltschutz, Bau von Fahrradwegen und Grünanlagen u. ä.) zu leisten.

Maßnahmen zur Umverteilung der vorhandenen Arbeit setzen entweder bei der Zuordnung vorhandener Arbeitsplätze zu verschiedenen Gruppen von Erwerbstätigen und Arbeitslosen oder bei der Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten durch Verringerung der durchschnittlichen Arbeitszeit an. Ersteres kann zum Beispiel durch Verkürzung der Altersspanne, innerhalb derer eine Erwerbstätigkeit ausgeübt werden kann oder muß bzw. durch Verringerung der Zahl der Nachfrager am Arbeitsmarkt geschehen (Heraufsetzung des Mindestalters zur Aufnahme einer Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland; in vielen Ländern Schaffung der Möglichkeit eines vorgezogenen Rentenbezugs; Rückwanderungsprämien für arbeitslose ausländische Arbeitnehmer in Frankreich), letzteres durch Arbeitszeitverkürzungen in vielfältigen Variationen (Urlaubsverlängerung, Verkürzung der Wochenarbeitszeit, Aufsplitten von Vollzeitarbeitsplätzen in Teilzeitarbeitsplätze durch sog. „job-sharing“ u. a. m.). Insbesondere in den Niederlanden und Belgien wurden neue Konzepte zur Verkürzung und Flexibilisierung der Arbeitszeiten entwickelt.

In zunehmendem Maße wird seit Anfang der siebziger Jahre in mehreren Ländern, z. B. in der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden, versucht, eine qualitative Anpassung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt herbeizuführen. Umschulungs- und Höherqualifizierungsmaßnahmen haben z. T. ein beachtliches Ausmaß erreicht. Neben der qualitativen Anpassung spielt der Versuch eine Rolle, die berufliche und regionale Mobilität zu erhöhen. Umzugszuschüsse und Mobilitätszulagen werden in mehreren Ländern gewährt. Schließlich wird auch versucht, die Arbeitsvermittlungen effizienter zu gestalten, z. B. durch Schaffung spezieller Beratungsdienste (Großbritannien, Belgien, Bundesrepublik Deutschland) oder durch den Einsatz von Massenmedien (Stellenangebote durch den Rundfunk in den Niederlanden).

Neben den bisher beschriebenen direkt oder indirekt arbeitsplatzschaffenden Maßnahmen werden auch solche ergriffen, die vor allem der Erhaltung bestehender Arbeitsplätze dienen. Dabei überwiegen in den meisten Ländern traditionelle Maßnahmen für bestimmte Bereiche, etwa Subventionen für Landwirtschaft, Stahlindustrie, Bergbau, Schiffbau und Textilindustrie.

Den meisten Maßnahmen ist gemeinsam, daß versucht wird, insbesondere die Arbeitslosigkeit bei den sogenannten „Problemgruppen“ zu mildern. Die Maßnahmen haben nicht zuletzt deshalb an Bedeutung gewonnen, weil das Wirtschaftswachstum nicht mehr ausreichend war, auch Problemfälle absorbieren zu helfen. Andererseits hat sich mit zunehmender sozialer Sicherheit und erhöhten Ansprüchen

an den Arbeitsplatz auch die Bewußtseinslage eines Teils der Arbeitslosen, die nicht mehr ohne weiteres gezwungen sind, einen unattraktiven Arbeitsplatz zu akzeptieren, verändert. Die „Zumutbarkeit“ derartiger Arbeitsplätze durch eine Kürzung des Arbeitslosengeldes wiederherzustellen, stellt indes keinen Ausweg dar, zumal die Höhe des Arbeitslosengeldes die Gesamthöhe der Arbeitslosigkeit nur marginal beeinflußt⁶. Vielmehr müssen entsprechende arbeitsmarktpolitische Lösungen im Sinne einer Verbesserung der Qualität der angebotenen Arbeitsplätze oder der individuellen Qualifikationen gefunden werden.

Resümee

Der Erfolg der spezifischen Arbeitsmarktpolitik in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft ist, gemessen an ihrem Beitrag zur Verringerung der Gesamtarbeitslosigkeit, bisher zwar noch gering, gemessen am Umfang der eingesetzten Mittel und unter Berücksichtigung sonst notwendig gewordener Aufwendungen für die Arbeitslosen jedoch beachtlich. Bestimmte Maßnahmen, etwa die Beschäftigung von weit über einer halben Million Jugendlicher sowohl in Italien als auch im Rahmen des sog. „Dritten Beschäftigungspaktes“ in Frankreich, sind auch quantitativ von großer Bedeutung, werden allerdings kritisiert, soweit sie das Problem der Schaffung ständiger Arbeitsplätze nicht lösen. Demgegenüber werden Maßnahmen zur Einengung der Nachfrage nach Arbeitsplätzen zumeist positiv bewertet, da hier sowohl eine soziale Komponente (z. B. Möglichkeit des vorzeitigen Ausscheidens aus dem Berufsleben) als auch eine qualitative Komponente (z. B. Verlän-

gerung der Schulzeit) mitspielen können und die Wahrscheinlichkeit besteht, die Zahl der Arbeitslosen auf Dauer zu verringern. Auch könnte eine verstärkte Verkürzung der Wochen- oder Jahresarbeitszeit zur Lösung des Arbeitslosenproblems beitragen. Jedoch liegt es hier vor allem bei den Sozialpartnern, den Spielraum für eine solche Politik auszuschöpfen. Eine enge Verzahnung von Arbeitszeitverkürzungs- und Qualifizierungsmaßnahmen könnte dabei helfen, Probleme wie das einer „Facharbeiterlücke“ nicht entstehen zu lassen bzw. nicht zu verschärfen.

Die Europäische Gemeinschaft hat in den letzten Jahren, z. B. im Rahmen der ihr aus dem Regionalfonds direkt verfügbaren Mittel, versucht, arbeitsmarktpolitische Initiativen der Länder zu unterstützen oder für spezifische, grenzübergreifende Probleme (z. B. Wanderarbeitnehmer) eigene Programme zu entwickeln. Auch diese Maßnahmen haben bestimmten Gruppen von Arbeitslosen geholfen, waren aber vom Umfang der zur Verfügung stehenden Mittel her noch weniger als die Maßnahmen auf nationaler Ebene geeignet, die Zahl der Arbeitslosen insgesamt fühlbar und nachhaltig zu verringern. Wenn es in den nächsten Jahren nicht gelingt, ein angemessen hohes Wirtschaftswachstum zu sichern, wird der Umfang – vorzugweise international abgestimmter – arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen deutlich zunehmen müssen, um die soziale Brisanz des Arbeitslosenproblems zu entschärfen.

⁶ Vgl. J. Volz, Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosigkeit in integrierten Wirtschaftsräumen, Minerva-Verlag, München, 1980, S. 208 ff.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 114 **Perspektiven und Probleme wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa.** Herausgegeben von Doris Cornelsen, Heinrich Machowski und Karl-Ernst Schenk. 204 S. 1976. DM 68,—.
- Nr. 115 **Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit dem der Bundesrepublik Deutschland.** Von Herbert Wilkens. 188 S. 1976. DM 54,60.
- Nr. 116 **Zur Planung, Organisation und Lenkung von Forschung und Entwicklung in der DDR — Aspekte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.** Von Angela Scherzinger. 212 S. 1977. DM 64,60.
- Nr. 117 **Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960.** Von Horst Lambrecht. 307 S. 1977. DM 94,60.
- Nr. 118 **Kriterien wirtschaftsfördernder Maßnahmen für die verarbeitende Industrie in Berlin.** Von Burkhard Dreher. 60 S. 1977. DM 22,60.
- Nr. 119 **Der Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen OECD-Ländern.** Eine vergleichende Betrachtung des Westhandels der DDR in den Jahren 1965 bis 1975. Von Horst Lambrecht. 98 S. 1977. DM 28,60.
- Nr. 120 **Untersuchung zu Fragen der Gaspreisbildung als Folge der Interdependenz zwischen dem internationalen Erdgasbeschaffungs- und Erdgasabsatzmarkt in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Urs Dolinski. 110 S. 1978. DM 49,80.
- Nr. 121 **Die Entwicklung des Arbeitsplatzangebots in den Arbeitsmarktreionen.** Daten für 1961 und 1970, Prognoseergebnisse für 1980 und Kontrollrechnungen zur Überprüfung des Prognoseverfahrens. Von Herwig Birg. 152 S. 1978. DM 54,80.
- Nr. 122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglin. 68 S. 1978. DM 28,60.
- Nr. 123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.
- Nr. 124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr. 125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr. 126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr. 127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr. 128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr. 129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr. 130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr. 131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.
- Nr. 132 **Zum Problem der Substitutionsmöglichkeit von Mineralölprodukten durch andere Energieträger — dargestellt am Beispiel eines Bundeslandes.** Von Urs Dolinski und Klaus-Dieter Labahn. 106 S. 1980. DM 44,60.
- Nr. 133 **Möglichkeiten der künftigen Strombedarfsdeckung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Eckhard Casser, Jörg-Peter Weiß und Hans-Joachim Ziesing. 131 S. 1980. DM 55,30.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik in den westlichen Industrieländern. Bearbeitet von Joachim Volz.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.